

HARTZ IV

Mehr Geld für Kinder?

Erehbliche Zweifel äußern die CDU-Regierungen Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens daran, dass die Hartz-IV-Sätze für Kinder hoch genug sind; damit stellen sich die Länder gegen die Einschätzung des Bundessozialministeriums unter Minister Olaf Scholz (SPD). Dies geht aus den entsprechenden Stellungnahmen fürs Bundesverfassungsgericht hervor, das am 20. Oktober nach Klagen dreier Familien darüber verhandeln wird, ob Höhe und Berechnungsgrundlage der Leistungen für Kinder mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Die von Jürgen Rüttgers geführte Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sieht „dringenden Handlungsbedarf bezüglich der Schaffung eines Systems zu einer bedarfsdeckenden Bemessung der Leistung für Kinder“. Ähnlich äußert sich die niedersächsische Landesregierung unter Leitung des Ministerpräsidenten Christian Wulff: Es bedürfe „einer kritischen Prüfung“, ob die derzeit geltenden „Ableitungsverfahren noch geeignet sind, eine Bedarfsdeckung zu gewährleisten“. Derzeit bekommen Kinder von der Geburt bis zum siebten Lebensjahr pauschal 60

ULRICH BAUMGARTEN / VARIO-PRESS



Kinder in der Berliner Armenküche „Arche“

Prozent der Bezüge eines alleinstehenden Erwachsenen, mithin 215 Euro, Kinder zwischen 8 und 13 Jahren 251 Euro. Das Bundessozialministerium, das im Auftrag der Bundesregierung eine 104-seitige Expertise vom Kasseler Rechtsprofessor Stephan Rixen ausarbeiten ließ, sieht keine rechtlichen Probleme und widerspricht der Einschätzung des Bundessozialgerichts in Kassel, das den Streit Anfang des Jahres ans Bundesverfassungsgericht überwiesen hatte. Das Gericht hatte bemängelt, dass Kindern ohne nachvollziehbare Begründung durch den Gesetzgeber weniger Geld zugebilligt werde als Erwachsenen.



GUSTAV BUTENHOFF / D-FOTO

Berliner S-Bahn

DEUTSCHE BAHN

„Materialeinsatz auf null“

Die gravierenden Sicherheitsmängel bei der Berliner Stadtbahn sind offenbar Folge völlig unzureichender Wartung. Wie Insider berichten, ging es in erster Linie darum, die Kosten gering zu halten. In der Konsequenz mussten in der vergangenen Woche 380 Züge stillgelegt werden; seitdem ist der S-Bahn-Verkehr in der Hauptstadt drastisch eingeschränkt. Wie es hieß, seien Bremszylinder nur „durch Sichtkontrolle“ überprüft und schadhafte Teile nicht erneuert worden. Die Mechaniker hätten den Auftrag gehabt, den „Materialeinsatz auf null“ zu bringen. Zudem standen nur noch wenige Fachleute bereit, weil die Berliner S-Bahn seit 2002 mehr als 40 Prozent der Stellen in der Instandhaltung abgebaut hatte, um Sparauflagen des Mutterkonzerns Deutsche Bahn zu erfüllen. Selbst notwendige Spezialwerkzeuge fehlten. Ulrich Homburg, Vorstand Personenverkehr beim Transportunternehmen, hat am Freitag vergangener Woche umfangreiche Ermittlungen auch durch externe Anwälte und Wirtschaftsprüfer angekündigt. Sie sollen klären, wer dafür verantwortlich ist, dass Wartungsprotokolle manipuliert wurden und vorgeschriebene Instandhaltungsarbeiten unterblieben.

DIE LINKE

Stramme Stasi-Karriere

Mitten im Wahlkampf belastet die Linke ein neuer Stasi-Fall. Der Spitzenkandidat der Linken in Thüringen und stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Bodo Ramelow, beschäftigt in seinem Berliner Büro eine ehemalige Stasi-Offizierin. Die Sekretärin Marion Wallrodt arbeitete zu DDR-Zeiten in der Hauptabteilung III, die vor allem für das Abhören von Bürgern und Spitzenpolitikern im Westen zuständig war. Laut Stasi-Akten trat Wallrodt 1969 im Alter von 18 Jahren mit einer handschriftlichen Verpflichtungserklärung in die Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ein und absolvierte dort eine äußerst stramme Karriere. Insgesamt war die Expertin für Russisch fast zwei Jahrzehnte für den Geheimdienst tätig, zuletzt als Referatsleiterin. Für ihre Dienste wurde sie gleich mehrfach ausgezeichnet, das letzte Mal im Februar 1989 mit der „Verdienstmedaille der NVA in Silber“. In einer MfS-Beurteilung von 1988 heißt es: „Genossin Hauptmann Wallrodt besitzt ein festgefügtes Feindbild und hält die Regeln der Konspiration und Geheimhaltung ein.“ Wallrodt gehört als persönliche Mitarbeiterin in Ramelows Büro zu denjenigen, die nicht routinemäßig überprüft werden. „Ramelow weiß von meiner früheren Tätigkeit. Ich war beim MfS vor allem für Russisch-Übersetzungen zuständig“, sagt Wallrodt. „Für die Beschäftigung als Angestellte im Bundestag ist das ja wohl kein Problem.“



CHRISTIAN THIEL

Ramelow



BSTU

Wallrodt